



Presseunterlagen

I N H A L T

■ Medienmitteilung	2
■ PAS1, das Umfeld	3
■ Die Schule als falsche Zielscheibe	4
■ Ein klares Nein zu einem schlechten Projekt	5

Point de presse FMEP, 25 février 2014

FMEP –Préfleuri 9, case postale 503, 1951 Sion – Tel : 027 323 40 43 Fax : 323 40 50
www.fmep.ch / fmep@netplus.ch

Sparmassnahmen

Der öffentliche Dienst sagt Halt !

Warum sollte der öffentliche Dienst die Fehler ausbaden, die vom Kanton in seiner Finanzplanung gemacht wurden? Das Dekret, das im März vor das Parlament kommt, ist ein schlechtes Flickwerk. Wird es so angenommen, wird der ZMLP dagegen das Referendum ergreifen.

Das soll gute Arbeit sein?! Improvisiert und überstürzt wurde die erste Phase der Prüfung der Aufgaben und Strukturen des Staates (PAS 1) von einem kleinen Komitee durchgezogen - ohne jegliche Konsultation des wichtigsten Sozialpartners der Regierung. Das Resultat ist entsprechend schlecht ausgefallen. Das von der Exekutive vorgeschlagene dringliche Dekret nimmt die öffentlichen Dienste ins Visier und hat Folgen für die gesamte Bevölkerung. So würden bei der Walliser Schule rund 78 Vollzeitstellen gestrichen. Das betrifft nicht nur Lehrpersonen, sondern auch Schüler und Eltern ganz direkt.

Die falsche Zielscheibe

Der öffentliche Dienst hat die unvorsichtige und widersprüchliche Leitung der öffentlichen Finanzen des Kantons nicht verursacht. Nicht er hat die Steuersenkungen beschlossen, die dem Staat im Jahre 2012 Mindereinnahmen von 42 Millionen Franken brachte. Heute wird versucht, die Kosten dieses unbedachten Steuergeschenks auf die Mitarbeiter in den öffentlichen Diensten abzuwälzen. Dies obwohl sämtliche interkantonalen Vergleichsstudien beweisen, dass die öffentliche Verwaltung im Wallis kostengünstig ist und deren Mitarbeiter bereits zahlreiche Entschlackungskuren hinter sich haben. Gleichzeitig steigt die Walliser Wohnbevölkerung ständig. Im Zeitraum 2000-2012 nahm sie um 50000 Personen oder 20 Prozent zu. Mit der Folge, dass auch die Nachfrage nach Dienstleistungen in allen Bereichen, im Unterrichtswesen, im Gesundheitswesen, bei der Sicherheit usw. wuchs, ohne dass gleichzeitig die Personalbestände im gleichen Mass angepasst wurden. Und nun soll also in einer der ersten Massnahmen die Qualität der Walliser Schule, die als eine der besten in der Westschweiz gilt, aufs Spiel gesetzt werden, indem man die Bestände und die Löhne des Lehrpersonals angreift. Eine solche Haltung des Staates ist für die Privatwirtschaft ein sehr schlechtes Vorbild.

Etwas seriöser bitte !

Der ZMLP hat sich schon gegen die Budgeteinsparungen für 2014 im DBS geäussert und er stellt sich heute klar gegen die Sparmassnahmen, die im neuen Dekret vorgeschlagen werden. Er ist bereit diese mit allen Mitteln zu bekämpfen und das Referendum dagegen zu ergreifen, falls der Grosse Rat dieses im März annehmen sollte. Der Zentralverband gibt gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, dass die zweite Phase der Prüfung der Aufgaben und Strukturen des Staates Wallis ernsthafter angegangen wird. Der ZMLP ist nicht grundsätzlich gegen die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in Staat und Verwaltung. Er verlangt jedoch, dass die PAS mit Hilfe externer Berater und Prüfer vorgenommen wird und die Sozialpartner dabei einbezogen werden. Dies hat die Regierung bisher unterlassen

Weitere Auskünfte : Beat Walpen, Mitglied des Direktionskomitee – 079 304.39.73.

«PAS 1», wenn der Staatsrat den Zug nicht kommen sieht

■ Mangelnde Voraussicht

Die Walliser Regierung spricht seit Jahren von der schwierigen finanziellen Zukunft des Kantons. Dies unter dem Hinweis auf Faktoren, die jedem Wirtschaftsstudenten klar sind

- Der Transfer der Ausgaben vom Bund auf die Kantone (als Folge der Neugestaltung der Aufgabenteilung (NFA2) belastet den Walliser Staatshaushalt..
- Die Weltwirtschaftskrise drückt auf die Resultate der Nationalbank: die Schwierigkeiten in der Euro-Zone und in den USA und die Abschwächung des Wachstums in den Aufsteigerländern sorgen für Turbulenzen an den Devisenmärkten und einen sinkenden Goldkurs.
- Die Kantone bekommen dadurch weniger Geld aus der Kasse der Nationalbank, Millionenbeträge bleiben aus und werden es auch in nächster Zukunft bleiben.

Dies sind Fakten, die dem Staatsrat und dem Grossrat längstens bekannt sein sollten. Doch wider besseres Wissen und angesichts der kommenden Wolken am Finanzhimmel, beschliessen sie im Jahr 2012 eine neue Steuersenkung in der Höhe von 42 Millionen Franken. Eine Massnahme, der sie sogar eine Rückwirkung auf den 1. Januar des gleichen Jahres gewähren.

Die angekündigten Wolken kommen dennoch. Und was macht die Regierung? sie schlägt dringliche und überstürzte Sparmassnahmen vor. Man ignoriert soeben verabschiedete Gesetze, übergeht die Legislative und die Wähler und regiert mit Hilfe von dringlichen Dekreten.

■ Ein überstürztes Bastelwerk

Der Staat leitet eine Prüfung der Aufgaben und Strukturen, (PAS1) ein. Doch geht er dabei nicht sehr orthodox vor. Das Vorhaben wird als Vorwand benutzt um die Umsetzung bereits verabschiedeter Gesetze (über die Orientierungsschulen und die Besoldung des Lehrpersonals) zu blockieren. Dies obwohl deren finanziellen Auswirkungen genau bekannt waren. Zudem soll die Behandlung parlamentarischer Vorstösse sistiert und die Gesetzesarbeit gebremst werden.

Das ist nicht mehr und weniger als ein Angriff auf die Walliser Schulen, die in den PISA-Erhebungen bisher regelmässig gute Noten erhielten. Ein Stellenabbau in den Schulen schwächt die Schulstrukturen und ist etwas für Zauberlehrlinge, die sich der Folgen ihrer Taten nicht bewusst sind.

Die Schule als falsche Zielscheibe für Sparübungen

Eine Hautmassnahme des PAS1 Dekrets betrifft die Schule. Dabei werden rückwirkend verschiedene Gesetze ausser Kraft gesetzt um 78 Lehrerstellen zu streichen, die Stundendotierung der 3. OS-Klassen zu verringern und Betreuungsstunden für die Schülerinnen zu streichen (Durch Abschaffung von Entlastungsstunden der Direktionen und Klassenlehrer). Die Regierung verschlechtert die Arbeitsbedingungen und legt ein widersprüchliches Verhalten an den Tag. Wenn in der Privatwirtschaft Entlassungen anstehen, springt die Regierung als Vermittlerin für Verhandlungen ein, versucht Entlassungen zu vermeiden und Sozialpläne zu gestalten. Hier aber, streicht sie selbst Stellen, per Dekret und ohne jegliche Kompensationsmassnahmen. !

Orientierungsschule vom September 2009 und jenes über die Besoldung der Lehrpersonen vom September 2011 Beide Gesetze wurden vom Grosse Rat und den Volksvertretern gutgeheissen und werden nun vier und zwei Jahre nach deren Annahme vom Souverän geändert. Das geht der Sinn der Demokratie verloren. Diese Vorschläge treffen nicht nur auf starken Widerstand unter den Lehrpersonen, sondern in vielen Bevölkerungsschichten. Die Elternvereinigungen des Welschwallis kritisieren „Sparmassnahmen, die auf Kosten des Wohls der Schülerschaft gehen,“ und die Beziehung zwischen Eltern und Lehrpersonen verschlechtern. Es folgen einige Vorschläge des Dekrets, gegen, die der ZMLP sich besonders zu wehren gedenkt:

■ **«Die Lehrpersonen haben Anrecht auf eine Kürzung der Unterrichtszeit für Spezialaufgaben. Damit der Arbeitgeber einen Spielraum hat, wird beantragt, dass diese Verminderung nicht mehr obligatorisch, sondern optional ist. Umsetzung 2015-2016**

Diese Formulierung macht den Eindruck, dass hier Freiwilligkeit herrscht und dass die Lehrpersonen die freie Wahl zur Erfüllung dieser Aufgaben haben. In Wirklichkeit drohen hier aber verschiedene sogenannte Spezialaufgaben wie das Klassenlehreramt, die Mediation und die Animation ganz zu verschwinden. Oder die Schuldirektionen verlangen deren Erfüllung in Gratisarbeit. Von freier Wahl kann man bei diesen auf 1,7 Millionen Franken veranschlagten Massnahmen nicht mehr reden. Die Entlastungsstunden für Lehrpersonen am Ende ihrer Laufbahn wurden vom Grosse Rat als Kompensation für die Erhöhung des Pensionsalters um 2 Jahre beschlossen. Diesem Umstand trägt deren Aufhebung nicht Rechnung.

■ **Eine Änderung der Stundentafel, bei der die Zahl der Wochenstunden für das 3. Jahr von 34 auf 32 gesenkt wird, bedeutet, dass 2 Wochenstunden gestrichen werden müssen. Umsetzung bereits 2014**

Die Regierung ignoriert hierbei das Orientierungsschulgesetz aus dem Jahre 2009. In ihrer Botschaft gibt sie die negativen Folgen dieser Massnahme zu und spricht von Stellenabbau und Verminderung der Lernzeit in den Klassen. Die 3. OS ist ein wichtiges Element für die Zukunft der Schülerinnen. Hier zu sparen (990'000 Franken in den Jahren 2015 und 2016) ist verantwortungslos.

Seit letztem Mittwoch mussten verschiedene OS-Schuldirektoren von einem Teil der angestellten Lehrpersonen eine teilweise oder totale Kündigung für das Schuljahr 2014/2015 unterschreiben lassen. Der Verein der Lehrerinnen an der Walliser Orientierungsschule (AVECO) hat schon über zwanzig Anrufe von den Mitgliedern erhalten, die sich um ihre Anstellung Sorge machen und vor finanziellen und persönlichen Problemen stehen. Dies ist bloss die Spitze des Eisbergs.

■ **Lohnkürzung um 5 Prozent durch Einführung einer Warteklasse für neue Lehrpersonen. Umsetzung über zwei Jahre 2015 und 2016**

Diese Massnahme wird sicher nichts zur Behebung des Lehrermangels beitragen. Der Beruf hat schon viel von seiner Anziehungskraft eingebüsst. Eine Lohnkürzung im ersten Unterrichtsjahr verbessert die Dinge nicht.

Ein klares Nein zu einem schlechten Projekt

Das Dekret will eine Ausgabenverminderung um 32,8 Millionen Franken im Jahr 2015 durchsetzen und in den folgenden drei Jahren eine solche von über 35 Millionen Franken. Parallel dazu sollen die Einnahmen um 33.7 Millionen Franken steigen, insgesamt soll so eine finanzielle Verbesserung in der Höhe von 66 Millionen ermöglicht werden.

Der ZMLP wehrt sich mit aller Kraft gegen die Sparmassnahmen dieses Dekrets und dies unter anderem mit folgender Begründung:

■ Die Regierung schneidet einfach den Apfel in zwei Hälften indem sie gleichviel bei den Einnahmen und den Ausgaben erwirtschaften will. Diese Sichtweise trägt in den Augen des ZMLP dem Einnahmepotential des Staates zu wenig Rechnung.

■ Der ZMLP hat schon mehrmals betont, dass er nicht prinzipiell gegen die Verbesserung der öffentlichen Finanzen ist. Doch die im Dekret vorgeschlagenen Massnahmen schiessen über das Ziel hinaus. Indem sie die Schule im Visier haben, wird ein öffentlicher Dienst angegriffen, der grundsätzlich auf keine Einnahmen zählen kann.

■ Der öffentliche Dienst im Wallis ist im Vergleich zu anderen Kantonen kostengünstig. Ihn zu einem Hauptadressaten der Sparmassnahmen zu machen ist unbegründet und ungerecht. Es ist nicht an ihm für die Fehler in der Leitung der öffentlichen Finanzen mit einem Stellenabbau zu bezahlen. Die Staatsangestellten haben ihren Beitrag zur Sanierung der Finanzen bereits geleistet. Seit 2011 sank der Anteil der Staatstellen auf tausend Einwohner im Kanton Wallis.

■ Zwischen 2000 und 2012, wuchs die Walliser Bevölkerung um 50'000 Personen (Zunahme um 20%) Der Staat und die Verwaltung muss auf die Bedürfnisse dieser neuen Bürgerinnen eingehen können. Dazu muss aber die Verwaltung und der öffentliche Dienst auch die nötigen Mittel erhalten.

■ Die Prüfung der Aufgaben und Strukturen soll einer echten Bilanz der Dienstleitungen und Aufgaben des Staates ermöglichen und auch die öffentlichen Dienste durchleuchten. Die erste Phase wurde verpasst. Wir hoffen, dass die zweite Phase seriöser angegangen wird und nicht wieder wie beim PAS1 der Karren vor den Ochsen gespannt wird.

Sollte das Parlament das Dekret in seiner Märzsession durchwinken, wird der ZMLP sogleich das Referendum dagegen lancieren.